

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

L 87a

kombinierter Rad- und Wirtschaftsweg zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos FESTSTELLUNGSENTWURF

Unterlage 19.3.1

Erläuterungsbericht planungsrelevante Arten (mit Ausnahme des Großen Brachvogels)

Aufgestellt: Regierungspräsidium Karlsruhe Abt. 4 Straßenwesen und Verkehr Ref. 44 Straßenplanung Karlsruhe, den 30.09.2020 gez. G. Steinbach	
	Genehmigt: Regierungspräsidium Karlsruhe Abt. 4 Straßenwesen und Verkehr Ref. 44 Straßenplanung Karlsruhe, den gez. Speer

L 87a

kombinierter Rad- und Wirtschaftsweg zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos

Unterlage 19.3.1

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Auftraggeber:

Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg
Regierungspräsidium Karlsruhe
Abteilung 4 Straßenwesen und Verkehr, Ref: 44
Schlossplatz 4 – 6
76131 Karlsruhe

Bearbeitung:

Emch+Berger GmbH
Ingenieure und Planer
Umwelt- und Landschaftsplanung
Lorenzstraße 34
76135 Karlsruhe

Projektbearbeitung:

Dipl. Ing. Landschaftsplanung M. Kern
Dipl. Biologe M. Riehle

Karlsruhe, im ~~September 2020~~ Oktober 2024

Impressum

Erstelldatum: September 2020, [Änderungen vom Oktober 2024](#)
letzte Änderung: [31.10.2024](#)
Autor: Riehle/Kern/Neumann
Auftragsnummer: 000.15.033
Dateiname: E_241031_Unterlage_19.3.1_saP_Radweg_Zell_Moos_PF.docx
Seitenzahl: 12

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 Einleitung	1
1.1 Anlass	1
1.2 Aufgabenstellung	1
1.3 Rechtliche Grundlagen	1
2 Grundlagen	3
3 Methodisches Vorgehen	5
4 Vorprüfung	5
4.1 Geschützte Arten / potenziell relevante Arten	5
4.2 Auswahl der relevanten Arten / Relevanzprüfung	6
4.2.1 Arten nach Anhang IV FFH-Richtlinie	6
4.2.2 Europäische Vogelarten	7
5 Vorhaben und Wirkungen des Vorhabens	8
5.1 Vorhaben	8
5.2 Wirkfaktoren und Wirkungen des Vorhabens	8
6 Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)	8
6.1 Vermeidungsmaßnahmen	8
6.2 Vorgezogene Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)	8
6.3 Maßnahmen zur Sicherung/ Verbesserung des Erhaltungszustandes (FCS-Maßnahmen)	9
7 Prüfung der Verbotstatbestände	9
7.1 Großer Feuerfalter	9
7.2 Bluthänfling	10
7.3 Goldammer	10
7.4 Feldlerche	11
7.5 Wiesenschafstelze	11
7.6 Gilde der Baum- und Gebüschbrüter	12
8 Ausnahmeprüfung und Risikomanagement	12
9 Zusammenfassung	12
10 Literatur und Quellen	13

Anhang zur Unterlage 19.3.1

Artenblätter für Arten/Artengruppen

- *Großer Feuerfalter*
- *Bluthänfling*
- *Feldlerche*
- *Goldammer*
- *Wiesenschafstelze*
- *Gilde der Baum-/ und Gebüschbrüter*

1 Einleitung

1.1 Anlass

Das Regierungspräsidium Karlsruhe plant den Bau eines straßenbegleitenden Rad- und Wirtschaftsweges zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos. Die Planung umfasst neben dem straßenparallelen Rad-/ Wirtschaftsweg im Weiteren den Umbau des Verkehrsknotenpunktes L 87a / K 3747 sowie die Anschlüsse des kombinierten Rad- und Wirtschaftsweges an das bestehende Wirtschaftswegenetz und an die Kreisstraße K 3746.

Geplant ist ein Beginn des Rad- und Wirtschaftsweges in Fortsetzung des bestehenden Gehweges am Ortsende von Zell und von dort an ein Verlauf östlich der Fahrbahn der L87a. Das Ende der Baustrecke befindet sich am südlichen Fahrbahnrand der in süd-/östlicher Richtung verlaufenden K3746. Die Gesamtlänge des geplanten Rad- und Wirtschaftsweges beträgt rund 2,1 km.

1.2 Aufgabenstellung

Im vorliegenden Artenschutzfachbeitrag wird ermittelt und dargestellt, ob durch Wirkfaktoren der im Zuge des Vorhabens geplanten straßenbaulichen Maßnahmen Beeinträchtigungen von Pflanzen und Tieren zu erwarten sind, die artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (alle europäischen Vogelarten sowie Arten des Anhangs IV FFH- Richtlinie) auslösen können. Zudem sind die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine ggf. erforderliche Ausnahme von den Verboten gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen.

Für die Beurteilung des Großen Brachvogels sei auf die separate Unterlage 19.3.2 verwiesen (BIOPLAN 2020b).

1.3 Rechtliche Grundlagen

Nach § 44 BNatSchG Abs. 1 sind folgende Tatbestände verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzuchts-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Dabei definiert § 7 BNatSchG, welche Tier- und Pflanzenarten besonders bzw. streng geschützt sind. Nach § 7 Abs. (2) Nr. 13 sind besonders geschützte Arten:

- a) Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang A oder Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (ABl. L 61 vom 3.3.1997, S. 1, L 100 vom 17.4.1997, S. 72, L 298 vom 1.11.1997, S. 70, L 113 vom 27.4.2006, S. 26), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 318/2008 (ABl. L 95 vom 8.4.2008, S. 3) geändert worden ist, aufgeführt sind,
- b) nicht unter Buchstabe a) fallende
 - aa) Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL) aufgeführt sind,
 - bb) "europäische Vogelarten" (Artikel 1 VS-RL)
- c) Tier- und Pflanzenarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 aufgeführt sind.

Gemäß § 7 Abs. (2) Nr. 14 sind streng geschützte Arten, besonders geschützte Arten, die:

- a) in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97,
- b) in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL),
- c) in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 2 gelistet sind.

Die streng geschützten Arten sind demnach eine Teilmenge der besonders geschützten Arten.

Mit dem Inkrafttreten des "Gesetzes zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege" vom 29.07.2009 entfällt ab dem 01.03.2010 die Regelung nach § 19 Abs. 3 Satz 2 BNatSchG (2002). Dementsprechend entfällt auch eine spezielle Auseinandersetzung mit den national streng geschützten Arten in der saP. Somit bleibt der besondere Artenschutz nach § 44 Abs. 1 auf die gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten, europäischen Vogelarten sowie Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie beschränkt.

Die Prognosen hinsichtlich möglicher Tatbestände nach § 44 Abs.1 und 5 BNatSchG werden nach dem Ablaufschema nach KRATSCH et al. (2018, vgl. Abbildung 1) bearbeitet.

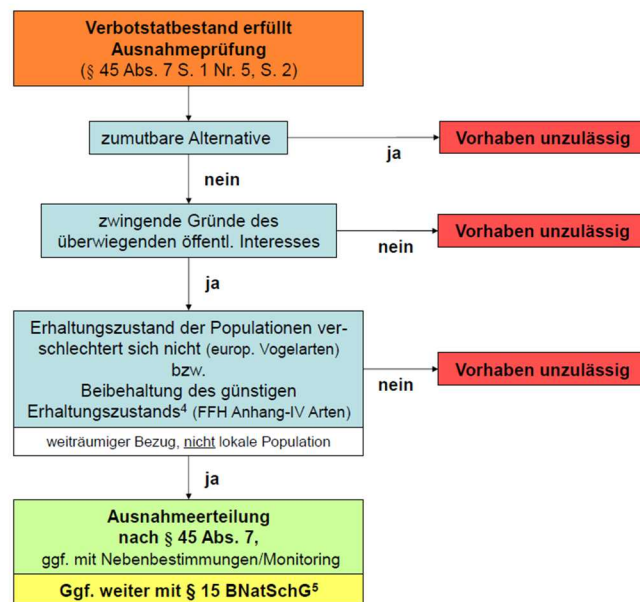
Für besonders oder streng geschützte Arten, die nicht im Anhang IV FFH-RL genannt sind bzw. nicht zu den europäischen Vogelarten zählen sind, nach derzeitiger Rechtslage, im Zuge der Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG zu berücksichtigen. Hierunter fallen auch Arten des FFH-Anhangs II, unter Berücksichtigung von § 19 BNatSchG. Bei Anhang II-Arten sind mögliche nachteilige Auswirkungen artbezogen zu ermitteln (vgl. KRATSCH et al. 2018).

Gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG kann von den Verboten des § 44 BNatSchG eine Befreiung gewährt werden, wenn:

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Als Voraussetzung für die Befreiung von den bundesdeutschen artenschutzrechtlichen Verboten ist demnach zu überprüfen, ob die Verbotstatbestände der FFH- und/oder der Vogelschutzrichtlinie erfüllt sind. Ist dies der Fall, ist zu prüfen, ob von diesen Verboten begründet entsprechend Art. 16 FFH bzw. Art. 9 VS-RL abgewichen werden kann.

Ausnahmeprüfung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG



⁴ Wenn kein günstiger Erhaltungszustand als Ausgangslage vorhanden ist, kann unter außergewöhnlichen Umständen die Ausnahme trotzdem erteilt werden (siehe hierzu Urteil des EuGH vom 14.6.2007 (C-342/05)).

⁵ Die Aspekte, die nicht von den Verbotstatbeständen des § 44 Abs. 1 erfasst sind (z.B. Nahrungshabitate) sind ggf. im Rahmen der Eingriffsregelung zu prüfen.

© Kratsch, D., Matthäus, G., Frosch, M. (November 2012)

Abbildung 1 Ablaufschema der artenschutzrechtlichen Prüfung nach § 44 Abs. 1 und 5 BNatSchG

2 Grundlagen

In den Jahr 2015 und 2017 erfolgten als Grundlage für den Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag Kartierungen der Avifauna, Reptilien und besonders planungsrelevanter Tagfalter (SCHULTE 2017). Zudem fand in 2024 eine Plausibilisierung für die Vögel (ausgenommen Großer Brachvogel), Reptilien sowie Tagfalter statt (BÜRO BER.G 2024).

Die Grundlage für die artenschutzrechtliche Beurteilung des Großen Brachvogels basiert auf Erkenntnissen von Vorort-Terminen in 2016, sowie insbesondere auf der örtlichen Kenntnis und der jahrzehntelangen Beschäftigung des Bearbeiters (BIOPLAN 2020).

Die Erfassungen fanden an folgenden Tagen bei geeigneter Witterung statt (Auskunft BÜRO BER.G):

REPTILIEN „vier Durchgänge“, „jeweils an Tagen mit für Reptilien günstiger Wetterlage – heiter bis sonnig, windstill bis höchstens schwach windig, sowie Temperaturen zwischen 18° C und 28 °C anlässlich der Kartierdurchgänge 3 bis 6“.

Termin	Tageszeit	Witterung
09.04.2017	nachmittags - abends	sonnig, schwach windig, 20-22 °C
24.05.2017	mittags	sonnig, schwach windig, 22-23 °C
19.06.2017	vormittags - mittags	sonnig, schwach windig, 22-29 °C
31.07.2017	mittags - nachmittags	heiter - wolzig, schwach windig, 23-25 °C

VÖGEL

Termin	Tageszeit	Bemerkung
28.03.2015	früh morgens - mittags	Schwerpunkt Feldlerche, 2. Brutphase
03.06.2015	früh morgens - mittags	Schwerpunkt Feldlerche, 2. Brutphase
17.06.2015	früh morgens - mittags	Schwerpunkt Feldlerche, 2. Brutphase
09.04.2017	nachmittags - nachts	
24.04.2017	früh morgens - mittags	
10.05.2017	früh morgens - mittags	
24.05.2017	vormittags - mittags	
19.06.2017	morgens - mittags	

WERTGEBENDE TAGFALTER

Termin	Tageszeit	Bemerkung
24.04.2017	morgens - mittags	Einmessung Ampfer
10.05.2017	morgens - nachmittags	Einmessung Ampfer
19.06.2017	vormittags - mittags	Flugzeit 1. Generation
31.07.2017	mittags - nachmittags	Flugzeit 2. Generation

PLAUSIBILISIERUNG

Termin	Tageszeit	Witterung
22.05.2024	morgens - nachmittags	Sonne-Wolken-Mix bei Temperaturen zwischen 13 und 16 °C und leichtem Wind aus Süd bis Südwest
25.06.2024	vormittags - mittags	Sonnig, bei Temperaturen zwischen 21 und 29 °C bei leichtem Wind aus Südwest

3 Methodisches Vorgehen

Im Rahmen einer Vorprüfung werden die im Rahmen der faunistischen Erhebungen und floristischen Kenntnissen vorhandenen Arten entsprechend deren Vorkommen im Eingriffsbereich sowie der Wirkungen des Straßenbauvorhabens abgeschichtet und prüfungsrelevante Arten bestimmt. Die Ergebnisse der Bestandserfassung sind dabei ausführlich in Unterlage 19.1 aufgeführt und werden in der Artenschutzrechtlichen Prüfung zur Vermeidung von Verdopplungen nicht erneut aufgezählt.

Mittels einer Relevanzprüfung werden anschließend das derzeit bekannte Verbreitungsgebiet, die Habitatansprüche sowie eine möglicherweise vorhabenbezogene Betroffenheit artbezogen geprüft. Hiermit soll eine Eingrenzung der zu erfassenden Artengruppen bzw. Einzelarten erreichen werden.

In der Konfliktanalyse (Prognose artenschutzrechtlicher Tatbestände) werden planungsrelevante Wirkfaktoren sowie vorhabenbedingt zu erwartende Beeinträchtigungen hinsichtlich möglicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auf die detailliert untersuchten Artengruppen bzw. Einzelarten hin geprüft. Die Abarbeitung erfolgt mittels des Formblattes der RLBP (vgl. BMV 2011). Die Prüfung erfolgt dabei auf Grundlage artspezifisch abgeleiteter Maßnahmen zur Vermeidung bzw. vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen). Aussagen zu erforderlichen Kontrollen bzw. Monitoring-Untersuchungen und zu Prognoseunsicherheiten sind im Risikomanagement angegeben.

In der Zusammenfassung sind die Arten darzustellen, für die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen werden können. Arten für die eine Ausnahmeprüfung erforderlich wird, sind festzustellen.

Sofern erforderlich schließen sich die Arbeitsschritte der Ausnahmeprüfung an.

4 Vorprüfung

An das als prüfungsrelevant ermittelte Artenspektrum werden folgende Auswahlkriterien angelegt:

- Vorkommen im unmittelbaren Eingriffsbereich
- Vorkommen im Wirkungsraum des Vorhabens und
- Empfindlichkeit gegenüber den vorhabenspezifischen Wirkfaktoren.

Arten, die mindestens eine Empfindlichkeit gegenüber mindestens einem der vorhabenspezifischen Wirkfaktoren aufweist, werden als prüfungsrelevante, betroffene Arten eingestuft (vgl. Hinweise zum Formblatt).

4.1 Geschützte Arten / potenziell relevante Arten

Hinsichtlich der speziellen Artenschutzprüfung sind zunächst alle im Gebiet vorkommenden, in Anhang IV aufgeführten bzw. streng geschützte Arten sowie die europäischen Vogelarten potenziell relevant. Mögliche Beeinträchtigungen übriger seltener bzw. besonders geschützten Arten werden im Rahmen der Eingriffsregelung behandelt.

4.2 Auswahl der relevanten Arten / Relevanzprüfung

4.2.1 Arten nach Anhang IV FFH-Richtlinie

Säugetiere	In Baden-Württemberg sind Vorkommen von Biber, Feldhamster und Haselmaus sowie für 21 Fledermausarten gegeben. Ein Vorkommen von Biber und Feldhamster ist nicht gegeben, ein Vorkommen der Haselmaus wurde aufgrund fehlender Habitatstrukturen ausgeschlossen. In ausgeprägten Obstbaumbeständen, wie am Ortsrand von Zell ist ein Vorkommen von Fledermausquartieren in Form von Höhlungen und Spalten an abplatzender Rinde denkbar. Untersuchungen der Bäume im Eingriffsbereich konnten keine Baumhöhlen und abplatzende Rinde nachweisen. Fledermäuse sind daher nicht prüfungsrelevant .
Reptilien	Die Suche nach Reptilien im ca. 10 m breiten Korridor entlang des geplanten Radweges östlich der L 87a erbrachte trotz intensiver Suche bei günstiger Wetterlage keine Nachweise (Schulte 2017, 2024). Reptilien sind daher nicht prüfungsrelevant .
Amphibien	In Baden-Württemberg sind Vorkommen folgender Amphibien prinzipiell gegeben: Alpensalamander, Europäischer Laubfrosch, Geburtshelferkröte, Gelbbauchunke, Kleiner Wasserfrosch, Knoblauchkröte, Kreuzkröte, Moorfrosch, Kammmolch, Springfrosch und Wechselkröte. Aufgrund fehlender Habitatstrukturen und Kenntnisse zu lokalen Vorkommen wurde auf Erhebungen der Amphibien verzichtet. Amphibien sind daher nicht prüfungsrelevant .
Käfer	In Baden-Württemberg sind Vorkommen folgender Käferarten prinzipiell gegeben: Alpenbock, Eremit, Heldbock und Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer. Ein Vorkommen der genannten Käfer wurde nicht untersucht und aufgrund der Biotopausstattung nicht erkannt. Die Käfer sind daher nicht prüfungsrelevant .
Nachtfalter	In Baden-Württemberg treten folgende Nachtfalterarten auf: Haarstrangeule und Nachtkerzenschwärmer. Ein Vorkommen der Haarstrangeule wurde aufgrund der Biotopausstattung/fehlender Wirtspflanzen nicht erkannt. Die Suche nach Raupenfraßpflanzen des Nachtkerzenschwärmers blieb ergebnislos. Die Nachtfalter sind daher nicht prüfungsrelevant .
Tagfalter	Im Rahmen der Erhebungen planungsrelevanter Tagfalter erbrachte Nachweise durch Eifunde des Großen Feuerfalters in drei trassennahen Bereichen. Die Suche nach Wiesenknopf-Ameisenbläulingen blieb mit Ausnahme eines Bereiches im Norden des Planungsraumes und ausschließlich westlich der L 87a Wiesenknopf-Pflanze ergebnislos. Der Große Feuerfalter ist als einziger Tagfalter prüfungsrelevant .
Libellen	Aufgrund fehlender Biotopstrukturen im Eingriffsbereich wurden keine Erhebungen zu Libellen durchgeführt. Libellen werden als nicht prüfungsrelevant erachtet.

Schnecken	Aufgrund fehlender Oberflächengewässer im Eingriffsbereich werden Schnecken nicht näher betrachtet .
Muscheln	Aufgrund fehlender Oberflächengewässer im Eingriffsbereich werden Muscheln nicht näher betrachtet .
Farn- und Blütenpflanzen	In Baden-Württemberg sind Vorkommen folgender Pflanzenarten prinzipiell gegeben: Biegsames Nixenkraut, Bodensee-Vergissmeinnicht, Dicke Trespe, Europäischer Dünnfarn, Frauenschuh, Kleefarn, Kriechender Sellerie, Liegendes Büchsenkraut, Silberscharte, Sommer-Schraubenstendel, Sumpf-Glanzkraut und Sumpf-Siegwurz. Für alle genannten Arten liegen keine Hinweise auf ein Vorkommen in Planungsraum vor. Die Farn- und Blütenpflanzen sind daher nicht prüfungsrelevant .

4.2.2 Europäische Vogelarten

Die Avifauna wurde in 2015 und 2017 erfasst. [Zudem fand 2024 eine Plausibilisierung der Arten statt](#). Dabei konnten insgesamt 53 Vogelarten nachgewiesen werden (siehe Unterlage 19.1, Tabelle 2). Davon können in 2015 mind. 22 Arten, in 2017 mind. 25 Arten im Planungsraum als Brutvögel eingestuft werden. Mit **Bluthänfling** (stark gefährdet) und **Feldlerche** (gefährdet) treten in den Wirkräumen des Vorhabens zwei in Baden-Württemberg bestandsgefährdete Brutvogelarten auf (vgl. BAUER et al. 2016). Diese werden zusammen mit den Arten **Goldammer** und **Wiesenschafstelze**, die in Baden-Württemberg in der Vorwarnliste aufgeführt sind, als **prüfungsrelevant** erachtet.

Weiterhin wird die **Gilde der Baum- und Gebüschbrüter** als prüfungsrelevant erachtet, da im Zusammenhang mit dem Vorhaben baubedingte Gehölzverluste auftreten. Dies sind die Arten: Amsel, Blaumeise, Buchfink, Buntspecht, Grünfink, hier auch Hausrotschwanz, Mönchsgrasmücke, Nachtigall, Neuntöter, Ringeltaube, Stieglitz, Zilpzalp

Die Arten Vorwarnliste Baden-Württemberg Feldsperling, Haussperling sowie die in D als Rote Liste 3 geführte Art Star werden als **nicht prüfungsrelevant** erachtet, da diese aufgrund der Brutbiologie in Höhlenstrukturen an Gebäuden, Gartenhäuschen oder Baumhöhlen außerhalb der Wirkungen des Vorhabens vorkommen.

Weiterhin nicht prüfungsrelevant sind Arten außerhalb der Wirkungsräume des Vorhabens der Gilden Nischenbrüter (Bachstelze, Hausrotschwanz), Röhrichtbrüter (Rohrhammer, Teichrohrsänger) und Höhlenbrüter (Grünspecht, Kleinspecht, Kohlmeise, Pirol).

Für 2 Paare des Kiebitzes bestand Brutverdacht in Wiesen westlich des erweiterten Untersuchungsbereiches, so dass diese Art ebenfalls maximal außerhalb der Wirkungsräume des Vorhabens vorkommt. Die Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen für den Großen Brachvogel (BIOPLAN 2020) kommen jedoch auch dem Kiebitz zu Gute.

Keine Prüfungsrelevant besteht auch für einzelne Durchzügler, Nahrungsgäste der RL, Vorwarnlisten bzw. für Durchzügler, Nahrungsgäste und im Überflug gesichtete Individuen streng geschützte Arten. Diese sind: Bekassine, Braunkehlchen, Fitis, Gartenrotschwanz, Grünspecht, Mäusebussard, Mehlschwalbe, Mauersegler, Rauchschwalbe, Rotmilan, Schwarzmilan, Turmfalke, Weißstorch, Wiesenpieper.

5 Vorhaben und Wirkungen des Vorhabens

5.1 Vorhaben

Die Maßnahme umfasst den Neubau des Rad- und Wirtschaftsweges östlich der L 87a einschließlich des Umbaus des Verkehrsknotenpunktes L 87a / K 3747 sowie die Anschlüsse des kombinierten Rad- und Wirtschaftsweges an das bestehende Wirtschaftswegenetz und an die Kreisstraße K 3746 (siehe auch Unterlage 19.1, Kapitel 4.1.1).

5.2 Wirkfaktoren und Wirkungen des Vorhabens

Folgende Wirkungsräume werden in Unterlage 19.1 unterschieden und ausführlich beschrieben (siehe Kapitel 4.1.2):

- Wirkungsraum – Rad- und Wirtschaftsweg
- Wirkungsraum – Böschungen und Bankette
- Wirkungsraum – Baustelleneinrichtungsfläche/Arbeitsstreifen
- Wirkungsraum – Zone betriebsbedingter Störungen durch Fahrzeuge und Radfahrer

In den Wirkungsräumen werden jeweils baubedingte, anlagebedingte und betriebsbedingte Auswirkungen unterschieden (siehe Unterlage 19.1, Kapitel 4.1.2)

6 Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

6.1 Vermeidungsmaßnahmen

Folgende Vermeidungsmaßnahmen leiten sich aus dem speziellen Artenschutz ab:

- **1.3 V_{VSG}:** Bauzeitenbeschränkung: Bauarbeiten auf Höhe des Vogelschutzgebietes außerhalb der Brutzeit des Großen Brachvogels und weiterer relevanter Vogelarten, d.h. Bauarbeiten nur im Zeitraum vom 15. August bis 31. Januar. Die Bauzeitenbeschränkung umfasst auch die Baufeldräumung. (Bezeichnung der Maßnahmen in BIOPLAN 2020: VM 2, VM 3)
- **1.4 V_{CEF}:** Mahdregime Großer Feuerfalter
- Rodung der Gehölze in Anlehnung an den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum unter Beachtung der Bauzeitenbeschränkung von Anfang Oktober bis 31. Januar außerhalb der Vogelbrutzeit und vor der Rückkehr des Großen Brachvogels
- Platzierung der Baustelleneinrichtungen ausschließlich östlich der L 87a (Bezeichnung der Maßnahmen in BIOPLAN 2020: VM 4)

Die detaillierte Darstellung der Vermeidungsmaßnahmen erfolgt in Unterlage 19.1, Kapitel 3.2 bzw. in Unterlage 9.1, Kapitel 3).

6.2 Vorgezogene Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Vorgezogene Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen werden nicht erforderlich. Zur Stabilisierung der Populationen wertgebender Arten und zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion sind jedoch folgende Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen:

- **4.1 A** Pflanzung ~~dornenreicher Hecken und~~ von Bäumen (*Prunus avium*) parallel eines Grabens in Verlängerung einer bestehenden Baumreihe und Entwicklung eines Blüh- und Wiesenstreifens
- **5.1 A** Anlage von Flutmulden im Lebensraum des Großen Brachvogels
- **5.2 A** Verfüllung bestehender Gräben zur Wiedervernässung und Optimierung der bestehenden Nasswiese

6.3 Maßnahmen zur Sicherung/ Verbesserung des Erhaltungszustandes (FCS-Maßnahmen)

FCS-Maßnahmen werden nicht erforderlich.

7 Prüfung der Verbotstatbestände

Die Erhebungsmethodik sowie die Ergebnisse der faunistischen Kartierungen sind ausführlich in Unterlage 19.1 Kapitel 2.2, den Fachgutachten (SCHULTE 2017, BIOPLAN 2020) bzw. im Bestands- und Konfliktplan (siehe Unterlage 19.2) dargestellt. Nachfolgend werden lediglich die planungsrelevanten Fakten für den Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag bezüglich gemeinschaftsrechtlich geschützter Tierarten zusammengefasst. Die Beurteilung für den Großen Brachvogel erfolgt in der separaten Unterlage 19.3.2.

Die Prüfung etwaiger Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG der im Gebiet festgestellten planungsrelevanten Tierarten erfolgt unter Berücksichtigung der in Kapitel 4 dargestellten Vermeidungsmaßnahmen bzw. der Ausgleichsmaßnahmen. Die artbezogene Abarbeitung der einzelnen Prüfschritte wird anhand eines Formblattes nach RLBP (BVM 2011) durchgeführt.

7.1 Großer Feuerfalter

Da die Raupen in Blätter eingerollt überwintern, ist selbst bei einer Bauzeit im Winter ist die Tötung von Tieren bzw. deren Entwicklungsstadien durch die Flächeninanspruchnahme im Straßenrandstreifen nicht auszuschließen. Bei einer sorgfältigen Umsetzung der Vermeidungsmaßnahme eines artspezifischen Mahdregimes kann das Verletzungs- oder Tötungsrisiko minimiert werden, so dass insgesamt das Risiko nicht signifikant erhöht wird.

Somit kann der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) ausgeschlossen werden.

Aufgrund der prognostizierten kurzen Bauzeit und der Wiederherstellung des Banketts zwischen Straße und Rad-/Wirtschaftsweges bzw. des neuen Randbereichs des Rad-/Wirtschaftsweges wird eine erhebliche Störung des an kurzlebige Ruderalfluren angepassten r-Strategen ausgeschlossen.

Somit kann der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (erhebliche Störung) ausgeschlossen werden.

Die bauzeitlich in Anspruch genommen Flächen können sich nach Abschluss der Baumaßnahme vollumfänglich wieder etablieren, da aufgrund des vorhandenen Samenpotenzials die Wiederansiedlung der lebensnotwendigen Ampferpflanzen erwartet wird.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) wird somit nicht erfüllt.

7.2 Bluthänfling

Die Rodung der Gehölze erfolgt im gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum außerhalb der Brutzeit, somit ist Schädigung besetzter Nester durch den Bau ausgeschlossen.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) wird somit nicht erfüllt.

Durch kleinräumigen, randlichen linearen Gehölzverlust im Bereich des Rad- und Wirtschaftsweges sowie der Lärmunempfindlichkeit der Art wird keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population prognostiziert.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (erhebliche Störung) wird somit nicht erfüllt.

Durch die erforderliche Flächeninanspruchnahme müssen Gehölze beseitigt werden. Es handelt sich jedoch überwiegend um Obstbäume und kaum um niedrige Hecken und Gebüsche. Im räumlichen Zusammenhang bleiben die für den Bluthänfling günstigen Habitatstrukturen gegenüber der Bestandssituation nahezu unverändert. Zudem unterstützt die Anlage eines Blühstreifens (Maßnahme 4.2 A) die Aufrechterhaltung von Habitatstrukturen und der ökologischen Funktion.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) wird somit nicht erfüllt.

7.3 Goldammer

Die Gehölzbeseitigung erfolgt bereits im Winterhalbjahr vor Baubeginn. Die Baufeldfreimachung erfolgt vor Beginn der Brutzeit, die Bauzeit liegt außerhalb der Hauptbrutzeit, somit ist eine Schädigung besetzter Nester durch den Bau und folglich ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko ausgeschlossen.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) wird somit nicht erfüllt.

Durch den kleinräumigen, randlichen Lebensraumverlust sowie der Lärmunempfindlichkeit tritt trotz der angenommenen unzureichend-ungünstigen Bestandssituation dieser Art der Vorwarnliste Baden-Württembergs keine erhebliche Störung mit Verschlechterung der Erhaltungszustände auf.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (erhebliche Störung) wird somit nicht erfüllt.

Durch die erforderliche Flächeninanspruchnahme werden kleinräumig Gehölzstrukturen beseitigt. Im räumlichen Zusammenhang bleiben jedoch genügend Habitatstrukturen erhalten. Zudem unterstützt die vorgesehene Ausgleichsmaßnahme ~~Anlage niedriger Heckenstrukturen mit Dornsträuchern mit~~ Pflanzung von Bäumen und Entwicklung von Wiesen- und Blühstreifen“ (Maßnahme 4.2 A) die Aufrechterhaltung von Habitatstrukturen und der ökologischen Funktion.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) wird somit nicht erfüllt.

7.4 Feldlerche

Die Baufeldfreimachung erfolgt vor Beginn der Brutzeit, die Bauzeit liegt ebenfalls außerhalb der Brutzeit, somit ist Schädigung besetzter Nester durch den Bau und folglich ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko ausgeschlossen.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) wird somit nicht erfüllt.

Die Mehrheit der nachgewiesenen Feldlerchenreviere befinden sich nicht auf den Ackerflächen östlich der L 87a sondern auf den Wiesen westlich des Acherner Mühlbachs in ausreichender Entfernung um Rad- und Wirtschaftsweg, so dass keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population prognostiziert wird.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (erhebliche Störung) wird somit nicht erfüllt.

Der Lebensraumverlust erfolgt lediglich in den kaum besiedelten Ackerflächen unmittelbar anschließend an die L 87a, für die durch den Straßenbetrieb bereits eine vorbelastende Störwirkung besteht. Die vorgesehene Ausgleichsmaßnahme „~~Anlage niedriger Heckenstrukturen mit Dornsträuchern mit~~ Pflanzung von Bäumen und Entwicklung von Wiesen- und Blühstreifen“ (Maßnahme 4.2 A) unterstützt die Aufrechterhaltung von Habitatstrukturen und der ökologischen Funktion.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) wird somit nicht erfüllt.

7.5 Wiesenschafstelze

Die Baufeldfreimachung erfolgt vor Beginn der Brutzeit, die Bauzeit liegt ebenfalls außerhalb der Brutzeit, somit ist Schädigung besetzter Nester durch den Bau und folglich ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko ausgeschlossen.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) wird somit nicht erfüllt.

Durch kleinräumigen, randlichen Lebensraumverlust sowie der Lärmunempfindlichkeit der Art wird keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population prognostiziert.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (erhebliche Störung) wird somit nicht erfüllt.

Durch die erforderliche Flächeninanspruchnahme gehen ausschließlich am Rand der bestehenden Straße Ackerflächen verloren. Im räumlichen Zusammenhang bleiben jedoch genügend Habitatstrukturen erhalten. Die vorgesehene Ausgleichsmaßnahme ~~Anlage niedriger Heckenstrukturen mit Dornsträuchern mit~~ Pflanzung von Bäumen und Entwicklung von Wiesen- und Blühstreifen“ (Maßnahme 4.2 A) unterstützt die Aufrechterhaltung von Habitatstrukturen und der ökologischen Funktion.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) wird somit nicht erfüllt.

7.6 Gilde der Baum- und Gehölzbrüter

Grundsätzlich besteht die Gefahr des Verlustes von Einzelindividuen der Avifauna durch die Bautätigkeit. Um dies zu vermeiden, werden die Rückschnitt- und Rodungsarbeiten im Winterhalbjahr vor Beginn der Bauarbeiten und damit außerhalb der Brutzeit der ansässigen gehölzbrütenden Avifauna durchgeführt.

Somit kann der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) ausgeschlossen werden.

Eine Störung der Avifauna durch die Bautätigkeit wird aufgrund der Vorbelastung durch die L 87a und dem Vorhandensein überwiegend lärm- und störungsunempfindlicher Arten als vernachlässigbar eingestuft. Auch für den störungsanfälligen Neuntöter wird bei angemessenem günstiger Bestandssituation der lokalen Population keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes prognostiziert.

Somit kann der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (erhebliche Störung) ausgeschlossen werden.

Die Rückschnitt- und Rodungsarbeiten werden auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt. Im räumlichen Zusammenhang bleiben jedoch genügend Habitatstrukturen erhalten. Zudem unterstützt die vorgesehene Ausgleichsmaßnahme „Ergänzung von Obstbäumen“ (Maßnahme 4.3 A) die Aufrechterhaltung von Habitatstrukturen und der ökologischen Funktion.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG (Zerstörungsverbot von Fortpflanzungs- und Ruhestätten) wird somit nicht erfüllt.

8 Ausnahmeprüfung und Risikomanagement

Mithilfe der aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen können Verbotstatbestände ausgeräumt werden. Zudem unterstützen zahlreiche vorsorgliche Ausgleichsmaßnahmen den Erhalt der Funktionalität im räumlichen Zusammenhang. Eine artenschutzrechtliche Ausnahme wird daher nicht erforderlich.

9 Zusammenfassung

Im Zuge der Relevanzabschätzung wurden für eine Tagfalter-Art sowie für europäische Vogelarten mögliche artenschutzrechtliche Betroffenheiten erkannt.

Die Prüfung der Verbotstatbestände für den Großen Feuerfalter, die einzeln betrachteten Vogelarten Bluthänfling, Feldlerche, Goldammer und Wiesenschaftstelze sowie für die Gilde der Baum- und Gehölzbrüter ergab, dass unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen (Gehölzbeseitigung im Winterhalbjahr, Baufeldfreimachung und Bauzeit außerhalb der Brutzeit bzw. Hauptbrutzeit der Avifauna, Mahdregime der Straßenränder) **die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 nicht einschlägig sind.**

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen sind nicht erforderlich. Jedoch unterstützen Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Zusammenhang die Aufrechterhaltung von Habitatstrukturen und der ökologischen Funktion.

Eine Artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG wird nicht erforderlich.

10 Literatur und Quellen

Hinweis: Die Literaturangaben sind zur Vermeidung von Verdopplungen ausschließlich in Unterlage 19.1, Unterlage 19.3.2 sowie im Fachgutachten (Schulte/[Ber.G](#) 2017, [Plausibilisierung 2024](#)) aufgeführt.

Anhang

Artenblätter gemäß RLBP für folgende Arten/Artengruppen

- *Großer Feuerfalter*
- *Bluthänfling*
- *Feldlerche*
- *Goldammer*
- *Wiesenschafstelze*
- *Gilde der Baum-/ und Gehölzbrüter*